



Presseschau vom 02.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

de.sputniknews.com: Fall Sachartschenko: Ukrainischer Abgeordneter drängt Kiew zu Mordgeständnis.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Igor Mossijschuk hat Kiew dazu aufgerufen, sich zum Mord am Oberhaupt der selbsterklärten Volkrepublik Donezk Alexander Sachartschenko zu bekennen und der ukrainischen Regierung Feigheit unterstellt. Wie Mossijschuk gegenüber dem TV-Sender „112“ äußerte, hätte die Ukraine alle Rechte gehabt, um mit Sachartschenko und anderen Gegnern des Kiewer Regimes – von Mossijschuk als „Terroristen“ bezeichnet – abzurechnen.

„Man muss offen sagen, dass nicht der russische Inlandsgeheimdienst FSB, sondern wir selbst die ‚Terroristen‘ liquidieren. Nirgendwo auf der Welt werden mit ‚Terroristen‘ Verhandlungen geführt. Auch wir werden dies nicht tun. Er (Sachartschenko – Anm. d. Red.) wurde von unseren Geheimdiensten liquidiert“, erklärte der Abgeordnete.

Bisher wurden mehrere Anschläge auf Sachartschenko verübt, die laut Mossijschuk der ukrainische Sicherheitsdienst SBU vorbereitet hatte.

Zudem wirft Mossijschuk Kiew Feigheit wegen seines Unwillens vor, seine Verwicklung in den Mord am Donezk-Chef offen zuzugeben.

Am vergangenen Freitagabend war bei einer Explosion im Café „Separ“ im Zentrum von Donezk der Republikchef Alexander Sachartschenko ums Leben gekommen. Auch sein Leibwächter wurde getötet und insgesamt elf Menschen verletzt. Die Behörden der selbsterklärten Volksrepublik sowie das russische Außenministerium stuften den Mord als Terrorangriff ein.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32218/20/322182097.jpg>

mil-Info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: S-400-Lieferung an Türkei: Erdogan will nicht um Erlaubnis bitten. Die Türkei ist laut Staatschef Recep Tayyip Erdogan nicht gewillt, jemanden um Erlaubnis für den Erwerb russischer S-400 Raketenabwehrsysteme zu bitten.

„Wir haben ein Abkommen mit Russland über die Lieferung von S-400-Komplexen geschlossen. Jemanden stört das. Es tut mir leid, aber wir werden niemanden um Erlaubnis bitten“, ließ Erdogan laut der Zeitung „Milliyet“ am Sonntag während seines Besuchs in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek wissen.

Erdogan nahm in Bischkek im Rahmen seines zweitägigen Besuchs in Kirgistan an einem Geschäftsforum teil.

Die Türkei und Russland hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen über die Lieferung des russischen Raketenabwehrsystems S-400 unterzeichnet. Demnach soll Ankara zwei S-400-Batterien erwerben, die dann von türkischen Soldaten bedient werden. Die Seiten vereinbarten auch eine technische Zusammenarbeit bei der Aufnahme der Produktion solcher Waffen in der Türkei.

Die USA und andere Nato-Länder haben Ankara mehrmals wegen des Deals mit Moskau kritisiert. So wies der Berater des US-Außenministers, Wess Mitchell, warnend darauf hin, dass sich der Kauf von S-400-Anlagen negativ auf die Lieferung von F-35 Flugzeugen an die Türkei auswirken könne. Daraufhin versprach der türkische Außenminister, Mevlüt Çavuşoğlu, Gegenmaßnahmen wie etwa eine Kooperation mit Russland in diesem Bereich zu ergreifen, sollte die Lieferung von US-Kampffjets an die Türkei blockiert werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32202/50/322025004.jpg>

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Damaskus: US-Drohungen können syrische Armee nicht von Idlib-Befreiung abhalten.

Die Drohungen Washingtons, Syrien unter einem erfundenen Vorwand zu attackieren, werden laut dem syrischen Außenminister keinerlei Einfluss auf die Pläne der Regierungsarmee haben, die Provinz Idlib von den Terroristen zu befreien.

Zuvor hatten die USA mit einer Attacke auf Syrien gedroht, sollte Damaskus Giftgas gegen die syrische Bevölkerung einsetzen. Der syrische Chefdiplomat Walid Muallem hält dies allerdings nur für einen Vorwand Washingtons für einen erneuten Angriff.

„Alles, was von den USA aktiv vorbereitet wird, wird die Entschlossenheit des syrischen Volkes und die Pläne der syrischen Armee, Idlib zu befreien und dem Terror in Syrien ein für alle Mal ein Ende zu setzen, nicht beeinflussen“, sagte Muallem in einem Interview für den TV-Sender „Rossija 24“.

„Wir, das syrische Volk und die Regierung, wollen heute ein Ende dieses Konflikts, doch die Einmischung der westlichen Länder, angeführt von den USA, erschwert das“, fügte der Chefdiplomat hinzu.

Dank der Initiative Russlands kehrten laut Muallem in letzter Zeit etwa 20.000 Flüchtlinge aus dem Libanon nach Syrien zurück. Dabei versuche der Westen, Flüchtlinge von einer Rückkehr abzuraten, um sie als eine Art „Karte in politischen Spielen“ zu nutzen.

Der syrische Außenminister zeigte sich mit seinem Besuch in Russland zufrieden und betonte, russische Unternehmen würden bei der Wiederherstellung Syriens eine vorrangige Rolle spielen.

Dnr-online.ru: „Noch laufen Konsultationen. Noch ist es schwer die nächsten Schritte zu prognostizieren. Man kann konstatieren, dass dieser Terrorakt eine äußerst offene Provokation gegen die Minsker Vereinbarungen ist, die auf deren Scheitern abzielt. Es ist eine Provokation, die alles gefährdet. Seit sehr langer Zeit sabotiert die Ukraine, verzögert beim Verhandlungsprozess. Aber das ist eine Situation, etwas anderes ist es, wenn sie sich faktisch für Aggressionsakte entscheidet, die wir alle leider sehen“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

de.sputniknews.com: Geheime UN-Direktive zu Syrien freigegeben.

Die Uno wird erst nach der politischen Machtübernahme im Land bereit sein, Hilfe beim

Wiederaufbau Syriens zu leisten. Dies geht aus einer geheimen Direktive hervor, welche die Zeitung „Kommersant“ veröffentlicht hat.

Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Syrien sei von entscheidender Bedeutung und die Vereinten Nationen würden zusammen mit ihrem Generalsekretär zu dieser Hilfeleistung sowie zur Umsetzung eines Plans für humanitäre Hilfsmaßnahmen, der die Gewährleistung von „minimalen Lebensbedingungen für die vom Krieg betroffenen Menschen“ beinhalte, in jeder Hinsicht beitragen.

Bemerkenswert ist, dass die Uno den Wiederaufbau Syriens erst nach „einem echten und umfassenden politischen Machtwechsel“ fördern werde.

Gleichzeitig heißt es in dem UN-Dokument, dass die Organisation die Idee der Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien nicht akzeptiere, aber bereit sei, sowohl die Rückkehrer als auch die Syrer, die sich entschieden haben, Asyl zu erhalten, zu unterstützen.

Die Direktive wurde bereits im Oktober 2017 ausgearbeitet. Der Verfasser soll der amerikanische Diplomat und ehemalige stellvertretende Generalsekretär der Organisation für politische Angelegenheiten Jeffrey Feltman sein, der im Frühjahr 2018 seine Stelle aufgab. Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass das UN-Sekretariat den Strukturen der Organisation insgeheim verboten habe, beim Wiederaufbau der syrischen Wirtschaft zu helfen. Die Uno hat diese Informationen nicht bestätigt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31727/70/317277052.jpg>

Armijadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 02.09.2018:

In den letzten 24 Stunden hat die Situation bezüglich der Vorbereitung eines Angriffs in Richtung Mariupol durch die Ukraine folgende Änderungen erfahren.

Wir haben die Vorbereitung zur **Verlegung von Einheiten der 79. Luftsturmgruppe aus Nikolajew in die Konfliktzone** registriert. Zuvor, im Juli, haben Einheiten dieses Verbandes auf einem Truppenübungsplatz Sturmaktivitäten geübt.

Außerdem haben wir Daten über eine Zunahme von praktischen Übungen der Einheiten des Regiments „Asow“ erhalten. So haben gemäß zusätzlichen Anweisungen aus dem Stab der OOS die Nationalgardisten die Anweisung, besondere Aufmerksamkeit auf die militärische **Ausbildung zur Führung von Kämpfen in Ortschaften** sowie zur Durchführung von Säuberungen zu konzentrieren.

Außerdem stellt unsere Aufklärung die **Ankunft einer großen Zahl von ausländischen Soldaten** in den Einheiten der 56. Panzergrenadierbrigade und der 406. Artilleriebrigade fest, die im Gebiet von Ursuf konzentriert sind. Außerdem wurde die **Ankunft einer Gruppe von**

hochrangigen Soldaten der Streitkräfte der USA und Kanadas im Stab der operativ-taktischen Gruppe Ost festgestellt.

Wir schließen nicht aus, dass die eingetroffenen Soldaten ausländischer Streitkräfte unmittelbar an der Planung und Durchführung der Angriffsoperation teilnehmen werden. So kann man zusammenfassend sagen, dass nach dem Plan des Stabs der OOS die Grundlage der Schlaggruppierung von der 36. Marineinfanteriebrigade, der 56. Panzergrenadierbrigade und der 79. Luftsturmbrigade gebildet werden. Die rückwärtige Deckung sowie die Säuberungen der Gebiete, die von diesen Einheiten eingenommen werden, werden die Nazisten aus „Asow“ durchführen. Die Leitung all dieser Aktivitäten ist ausländischen Soldaten aus den USA und Kanada anvertraut, mit einem Wort, Vertretern von Streitkräften von NATO-Ländern.

Nach unseren Informationen wurde **im Verlauf des gestrigen Treffens von Poroschenko mit Volker die Frage einer militärischen Art der Besetzung unseres Territoriums erörtert.**

Alle Erklärungen der ukrainischen Führung über eine angebliche Unterstützung einer friedlichen Art der Lösung dieses Konflikts bleiben weiterhin eine gewöhnliche Lüge. Wir rufen auf und fordern von der Weltgemeinschaft, eine weitere Runde des Blutvergießens zu unterbinden!

de.sputniknews.com: Nach Putins Einlenken: Tausende Russen gehen auf die Straße.

Sergej Pirogow

Tausende Menschen sind am Sonntag russlandweit auf die Straße gegangen, um gegen die angekündigte Erhöhung des Renteneintrittsalters zu protestieren. Zuvor hatte Staatschef Wladimir Putin in einer TV-Ansprache mehrere Milderungen angekündigt, jedoch die Reform als unbedingt notwendig unterstützt.

Am stärksten ausgeprägt ist die Proteststimmung in Moskau. Auf dem Sacharow-Prospekt nördlich des Stadtzentrums haben sich nach Polizeiangaben mindestens 6000 Menschen eingefunden. Der Organisator, die Kommunistische Partei KPRF, hatte 15.000 Teilnehmer erwartet. Weitere rund 1500 Menschen protestieren auf dem Suworow-Platz im Norden der Millionenmetropole. Sie sind dem Appell der sozialistischen Partei „Gerechtes Russland“ gefolgt.

Auch in anderen russischen Städten – im Kaukasus, in Sibirien, im Fernen Osten und sogar auf der Krim – kam es am Sonntag zu Protesten. Am zahlenstärksten war die Demo in Nowosibirsk, an der nach Behördenangaben rund 1200 Menschen teilgenommen haben. Zu Kundgebungen in Astrachan, Tscherkessk, Wladiwostok und Barnaul kamen nach Angaben der Polizei jeweils zwischen 100 und 250 Menschen. Die Organisatoren geben jedoch fast überall doppelt so hohe Teilnehmerzahlen an.

Die Veranstalter sind die oppositionellen Parteien KPRF, Jabloko, LDPR und das sozialistische „Gerechte Russland“. Ihre Forderungen reichen vom Präsidentenveto gegen die Reform über Referendum bis hin zur Entlassung der Regierung und Auflösung des Parlaments. Alle Kundgebungen verlaufen bislang nach Polizeiangaben ruhig.

Erstmals seit 1932

Die russische Regierung hatte im Juni angekündigt, das Pensionsalter anzuheben. Das erklärte Ziel der Rentenreform, der ersten seit 1932, ist es, die Kassenlage des seit Jahren defizitären Rentenfonds und die Pensionsvorsorge zu verbessern. Das Hauptargument der Regierung: Die Lebenserwartung der Russen ist in den letzten 15 Jahren merklich gestiegen.

Bei der Bevölkerung ist die Reform auf klare Ablehnung gestoßen. Landesweit kam es zu Protesten. Dennoch verabschiedete die Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) das Gesetz in erster Lesung.

Kremlchef schlägt Zugeständnisse vor

Am Mittwoch vergangener Woche appellierte Staatspräsident Wladimir Putin persönlich an die Landsleute. In einer TV-Ansprache räumte er ein, dass sich die Reform um einige Jahre

verschieben und das Loch im Rentenfonds weiter aus dem Staatshaushalt decken ließe. Doch er wolle die Last der Entscheidung nicht auf die künftige Generation abwälzen. Wegen schwerer Folgen der demografischen Probleme der 1990er sei die Rentenreform aber unbedingt notwendig, betonte Putin.

Als Kompromiss schlug er Milderungen vor. So solle das Renteneintrittsalter für Frauen nicht wie ursprünglich geplant um acht, sondern nur um fünf auf 60 Jahre angehoben werden. Auch kinderreiche Familien sollen aus der neuen Regelung ausgenommen werden beziehungsweise Präferenzen bekommen. Arbeitnehmer, die kurz vor Pensionsalter sind, sollen vor Entlassung geschützt werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32218/56/322185691.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung.

In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Der **Gegner** nutzt, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR den „Schulwaffenstillstand“ streng einhalten und **konzentriert Kräfte und Mittel entlang der Kontaktlinie**. Es wurde festgestellt, dass im Gebiet von Bolotenoje ein Zug Personal der ukrainischen Streitkräfte sowie Lastwagen und ein Schützenpanzer eingetroffen sind, um Befestigungsarbeiten durchzuführen.

Außerdem wurde im Gebiet von Stschastje im Verantwortungsbereich des 10. Bataillons der 59. Brigade die Aktivierung von Scharfschützengruppen des Gegners festgestellt, außerdem wurde die Aktivität einer Aufklärungsgruppe aus dem 54. Aufklärungsbataillon festgestellt. Ihre grundlegende Aufgabe ist es, unsere Soldaten zu erwidern Aktivitäten zu provozieren. Die ukrainische militärisch-politische Führung versucht mit allen Mitteln die Lage in der Republik zu destabilisieren. So hat der Kommandeur der sog. OOS den Befehl erteilt, den Kontroll- und Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ bis zum 7. September zu schließen, angeblich wegen der Durchführung von Reparaturarbeiten.

Diese Handlungen sind auf die Schaffung unerträglicher Bedingungen für die zivilen Einwohner, die die Grenze passieren, gerichtet.

Außerdem nehmen wir an, dass das ukrainische Kommando unter dem Anschein vorgetäuschter Arbeiten seine Positionen mit Waffen und Militärtechnik verstärken könnte. Außerdem schließen wird nicht aus, dass die Einstellung der Funktion des KPP gerade bis zum 7. September mit dem Unwillen des ukrainischen Kommandos zusammenhängt, ihre

Verpflichtungen zur Trennung von Kräften und Mitteln im Vorfeld des nächsten Treffens der Kontaktgruppe in Minsk am 5. September zu erfüllen.

Das Kiewer Regime hält weiter vorsätzlich eine angespannte Lage in der Konfliktzone aufrecht. Ein weiteres Mal hat das Pressezentrum des sogenannten Stabs der OOS Beschießungen festgestellt, die es tatsächlich nicht gab.

So haben heute die Kiewer Truppen wieder die Einheiten der Volksmiliz des Beschusses von Krymskoje und Troizkoje beschuldigt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Einheiten der 53. und 72. Brigade ihre eigenen Positionen beschossen haben.

Ich erkläre mit voller Verantwortung, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen streng einhält und zu einer friedlichen Lösung des Konflikts bereit ist.

Die Volksmiliz der LVR lässt trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen ihrer Wachsamkeit nicht nach und stellt die Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Republik auf den ersten Platz.

Mit dem Personal der Einheiten werden ständig Übungen zur Kampfausbildung durchgeführt, bei denen die Kenntnisse und Fertigkeiten der Soldaten bei der Bearbeitung von Fragen der Kampfführung in der Verteidigung unter Bedingungen des Übergangs des Gegners zum Angriff vervollkommen werden.

Wir halten die übernommenen Verpflichtungen zur Rückkehr des Friedens in den Donbass streng ein, dabei bleibt uns das Recht auf adäquate erwidernde Maßnahmen im Fall von groben Verletzungen der Vereinbarungen durch die ukrainische Seite erhalten.

de.sputniknews.com: Irak und Iran verzichten auf US-Dollar im gegenseitigen Handel. Bagdad und Teheran werden für die Durchführung von gegenseitigen Handelsoperationen ihre nationalen Währungen verwenden. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Mehr unter Berufung auf den Vorsitzenden der irakisch-iranischen Handelskammer Yahya Al-Ishaq. „Wir haben auf Dollar-Transaktionen verzichtet, die meisten Handelsgeschäfte werden in Euro, iranischen Rialien und irakischen Dinaren durchgeführt“, sagte Yahya Al-Ishaq. In einigen Fällen werde auch ein System des gegenseitig vorteilhaften Austausches stattfinden. Der jährliche Handelsumsatz zwischen den beiden Ländern betrage durchschnittlich acht Milliarden US-Dollar, so Yahya Al-Ishaq.

Früher am Sonntag hatte der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan bei seinem Besuch in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek dazu aufgefordert, der Dominanz der US-Währung im internationalen Handel ein Ende zu setzen.

Lug-info.com: Die Beobachter der OSZE-Mission haben sich geweigert, der Volksmiliz der LVR mitzuteilen, was an dem heute von Kiew geschlossenen Passierpunkt über die Kontaktlinie im Gebiet von Staniza Luganskaja geschieht. Dies teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der Republik Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

Heute besuchte er den Passierpunkt der LVR im Gebiet von Staniza Luganskaja, der im Unterschied zum ukrainischen normal weiter funktioniert. Vor Ort unterhielt sich der Oberstleutnant mit den in diesem Gebiet dienstuenden Vertretern der OSZE-Mission und versuchte von ihnen Erläuterungen zu erhalten, ob die ukrainische Seite tatsächlich an ihrem Checkpoint Reparaturarbeiten durchführt.

„Das, was dort (an dem geschlossenen Checkpoint) tatsächlich geschieht, ist uns nicht bekannt. Die Vertreter der OSZE-Mission weigerten sich, uns Informationen darüber zu geben, was auf jener (der ukrainischen) Seite geschieht“, stellte Marotschko fest.

„Ich möchte mich an die Vertreter der UN-Kommission für Menschenrechte wenden, weil die Schließung des Passierpunkts das Rechts auf freie Bewegung verletzt“, fügte der Vertreter der Volksmiliz der LVR hinzu.

Marotschko erinnerte auch daran, dass die Ukraine unter dem Vorwand von Reparaturarbeiten im Gebiet des Passierpunkts „Staniza Luganskaja“ ihre Positionen mit Waffen und

Militärtechnik verstärken könnte.

Abends:

de.sputniknews.com: Syriens Außenminister über Verhältnis zwischen Damaskus und Washington:

Der syrische Außenminister Walid Muallem hat die Beziehungen seines Landes zu den USA, die sich feindselig gegenüber Damaskus verhalten, als angespannt bezeichnet.

In einem Interview mit RT hat Muallem die Medienberichte zurückgewiesen, laut denen Delegationen Syriens und der USA heimlich zusammentreffen würden.

„...Es gibt keine Geheimgespräche. Hierbei stellt sich nämlich die Frage, welchen Nutzen wir davon hätten. Ob diese Administration vertrauenswürdig ist? Ob sie ihre Verpflichtungen aus den mit ihr geschlossenen Abkommen erfüllt? Durchaus nicht!“

Washington habe sich dem Dienst für die Interessen Israels gewidmet und betreibe in der Nahost-Region „eine Politik, die von Tel Aviv diktiert wird“, so Muallem.

Der Minister betonte, die US-Administration verhalte sich seit dem Ausbruch der Krise 2011 in Syrien unverhohlen feindselig. Sie unterstütze den IS und habe Dschabhat an-Nusra mit Waffen versorgt, fügte er hinzu.

Der syrische Chefdiplomate schloss jegliche Verhandlungen zwischen den beiden Ländern aus.

de.sputniknews.com: Mord an Donezker Republikchef: Kreml verspricht „unvermeidliche Folgen“.

Nach dem Anschlag auf den langjährigen Chef der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko warnt der Kreml vor „unvermeidlichen Folgen“. Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, bezeichnete das Attentat als ein tragisches Ereignis.

„Ein mutiger Mann ist tot, wurde verräterisch getötet“, sagte Peskow am Sonntag im russischen Fernsehen. Und weiter:

„Folgen werden unvermeidlich sein.“

Peskow erinnerte an die Mordserie im Donbass, denen ranghohe Vertreter der von Kiew abtrünnigen Region zum Opfer gefallen sind. „Man kann nur vermuten, wer hinter dieser Mordserie steht. Doch man kann mit Sicherheit sagen, dass diese terroristischen Praktiken nicht zur Umsetzung der Minsker Abkommen beitragen und nicht das notwendige Vertrauen fördern“, betonte Peskow.

Nach seiner Einschätzung gibt es zwischen den Konfliktparteien im Donbass jetzt „gar kein Vertrauen“.

Alexander Sachartschenko (42) war am Freitag bei einem Sprengstoffanschlag in einem Café im Zentrum von Donezk getötet worden. Weitere elf Menschen wurden verletzt. Die Behörden machten den ukrainischen Geheimdienst SBU für den Anschlag verantwortlich. Dieser bestreitet seine Verwicklung.

Der ehemalige Bergbautrechner Sachartschenko hatte Ende 2014 die Führung der Volksrepublik Donezk (DVR) übernommen. Einige Monate davor hatte diese im Kohlrevier Donbass liegende und von Russischsprachigen dominierte Region nach dem prowestlichen Umsturz in Kiew ihre Unabhängigkeit und den Kurs auf eine Annäherung an Russland ausgerufen.

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete den Mord an den DVR-Chef als „gemein“ und als Hindernis für die friedliche Beilegung des seit vier Jahren schwelenden Donbass-Konflikts. Die Sprecherin des Moskauer Außenministeriums machte die Regierung in Kiew für den Anschlag an Sachartschenko verantwortlich.

Sachartschenko wurde am Sonntag beerdigt. An der Abschiedszeremonie in Donezk nahmen

nach Angaben der örtlichen Behörden rund 120.000 Menschen teil.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32218/69/322186963.jpg>